



OMNIBUS Newsletter, 29. November 2005

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Ihnen heute einen kleinen Einblick in das Leben der Volksabstimmung in Deutschland geben. Erfolge und Hindernisse - aber überall tut sich etwas! ... und es gibt viele Stellen, an denen man selbst mitmachen kann.

Herzliche Grüße,
Thomas Mayer

Inhalt

1. Koalitionsvertrag: Prüfauftrag für direkte Demokratie
2. Baden-Württemberg: Volksbegehren für faire Bürgerentscheide
3. Bayern: 10 Jahre Bürgerentscheid
4. Berlin: Demokratie kommt in Schwung
5. Bremen: Neuer Gesetzentwurf für besseres Wahlrecht
6. Hamburg: CDU will Wahlrecht demontieren
7. Hessen: Volksbegehren gegen Klinik-Privatisierung
8. NRW: Grundschule versinkt im Quorumsloch
9. Rheinland-Pfalz: Mehr Demokratie-Landesverband gegründet
10. Sachsen: Keine Reform der Volksgesetzgebung
11. Thüringen: Gesetzentwurf für mehr Demokratie im Landtag
12. Democracy International: Büro in Brüssel eröffnet

1. Koalitionsvertrag: Prüfauftrag für direkte Demokratie

Es ist weniger, als von Rot-Grün 1998 und 2002 beschlossen, aber mehr als man von CDU und CSU bisher gewohnt war: In ihrem Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD darauf verständigt, die Einführung von Elementen direkter Demokratie auf Bundesebene zumindest zu prüfen. Mehr Demokratie hatte hinter und vor den Kulissen darauf hingewirkt. Bilder einer Aktion vor dem Berliner Konrad-Adenauer-Haus unter: <http://www.mehr-demokratie.de/koalition.html>

2. Baden-Württemberg: Volksbegehren für faire Bürgerentscheide

In Baden-Württemberg liegen die Hürden für Bürgerbegehren unzumutbar hoch. Um das zu ändern und die direkte Demokratie nach bayerischem Vorbild zu reformieren hat das Bündnis für Mehr Demokratie am 24. September ein Volksbegehren gestartet. Machen Sie mit! <http://www.buergerentscheid-bw.de>

3. Bayern: 10 Jahre Bürgerentscheid

Vor 10 Jahren stimmten die Bayern auf Initiative von Mehr Demokratie für die Einführung des kommunaler Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Auch die CSU, damals erbitterte Gegnerin der direkten Demokratie, hat inzwischen Gefallen an der Mitbestimmung gefunden. Beim Festakt am 5. Oktober kündigte Bayerns Innenminister Günter Beckstein an, sich für die Absenkung des Quorums beim Bürgerentscheid einzusetzen. Den Praxisbericht zu zehn Jahren kommunaler Direktdemokratie im Freistaat finden Sie unter: http://www.mehr-demokratie.de/bayern/publikationen/jb_10.pdf

4. Berlin: Demokratie kommt in Schwung

In den Berliner Bezirken finden die Bürger offenbar Geschmack an ihren neuen Mitbestimmungsrechten: Die ersten drei Bürgerbegehren wurden in den vergangenen Wochen angemeldet. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide waren in Berlin erst in diesem Sommer auf Initiative von Mehr Demokratie hin eingeführt worden. Infos zu laufenden Initiativen gibt es ab sofort unter: <http://www.mehr-demokratie.de/663.html>

5. Bremen: Neuer Gesetzentwurf für besseres Wahlrecht

Nach einer Anhörung im Landesparlament hat Mehr Demokratie seinen Gesetzentwurf für ein besseres Wahlrecht in Bremen überarbeitet. Bewegen sich die Parteien in Bremen in dieser Sache nicht, soll nächstes Jahr ein Volksbegehren gestartet werden. <http://www.mehr-demokratie.de/bremen/wahlrecht/w-startseite.html>

6. Hamburg: CDU will Wahlrecht demontieren

Mit Zweidrittel-Mehrheit haben die Hamburger in einem Volksentscheid im Sommer 2004 für ein neues Wahlrecht in der Hansestadt gestimmt. Jetzt will die CDU die Uhr zurück drehen und den Einfluss der Bürger auf die Kandidatenauswahl zurück schrauben. Doch nach massivem Druck von Mehr Demokratie scheinen sich die Christdemokraten der Sache nicht mehr so sicher zu sein. Aktuelle Infos unter: <http://www.faires-wahlrecht.de>

7. Hessen: Volksbegehren gegen Klinik-Privatisierung

Die hessische Landesregierung plant mit Wirkung zum 1. Januar 2006 die aus Steuergeldern finanzierten Universitätskliniken Giessen-Marburg zu privatisieren. Ende Oktober haben verschiedene politische Gruppen nun ein Volksbegehren gestartet, um den Verkauf zu stoppen. Für den Zulassungsantrag müssen die Initiatoren zunächst 130.000 Unterschriften sammeln. <http://www.klinika-volksbegehren.de>

8. NRW: Grundschule versinkt im Quorumsloch

In Castrop-Rauxel ist am 23. Oktober erneut ein Bürgerbegehren der Abstimmungshürde zum Opfer gefallen. Zwar erhielt das von einer Elterninitiative gestartete Begehren für den Erhalt einer Grundschule eine Mehrheit von 85,4 Prozent aller Abstimmenden, es verfehlte aber die notwendige Mindestzustimmung von 20 Prozent aller Stimmberechtigten.

9. Rheinland-Pfalz: Mehr Demokratie-Landesverband gegründet

Mehr Demokratie gibt es seit Anfang November auch in Rheinland-Pfalz. Zwischen Altenkirchen und Germersheim wollen Mitglieder und Aktive ab sofort für faire Volks- und Bürgerentscheide sorgen. <http://www.mehr-demokratie.de/rlp.html>

10. Sachsen: Keine Reform der Volksgesetzgebung

Die FDP ist am 7. Oktober im Sächsischen Landtag mit einem Antrag zur Reform der Volksgesetzgebung gescheitert. Die Liberalen wollten die Quoren an die sinkende Bevölkerungszahl anpassen. CDU und SPD sahen jedoch keinen Bedarf und lehnten den Antrag mit ihrer Regierungsmehrheit ab. Für ein Volksbegehren sind im Freistaat 450.000 Unterschriften (etwa zehn Prozent der Bürger) vorgeschrieben. http://www.landtag.sachsen.de/SLT Online/de/infothek/aktuelles/sitzungskalender/popup_protokolle_db.asp?ID=399&DokArt=BP

11. Thüringen: Gesetzentwurf für Mehr Demokratie im Landtag

Der Erfurter Landtag hat am 10. November in erster Lesung einen Gesetzentwurf für faire Bürgerentscheide beraten, der von SPD, PDS und gemeinsam mit dem Bündnis für Mehr Demokratie erarbeitet wurde. Ziel ist eine Senkung der Hürden für die direkte Demokratie in den Kommunen. <http://www.mehr-demokratie.de/thueringen/material.html>

12. Democracy International: Büro in Brüssel eröffnet

"Democracy International" ist ein von Mehr Demokratie ins Leben gerufenes Netzwerk, das sich auf internationaler Ebene für mehr direkte Demokratie einsetzt. Jetzt hat die Organisation ein neues Büro in Brüssel eröffnet. <http://www.democracy-international.org>

(zusammengestellt von Christian Posselt, Pressesprecher Mehr Demokratie e.V. Berlin, <http://www.mehr-demokratie.de>)